

# Ein Kreis in Bewegung: Gemeinsam für ein tragfähiges Zukunftskonzept

Rede des Vorsitzenden der Kreistagsfraktion Bündnis 90/GRÜNE im Rheinisch-Bergischen Kreis,  
Roland Rickes,

anlässlich der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2015  
in der Kreistagsitzung am Donnerstag, dem 12.12.2014

**- Haushaltsrede -**

*Es gilt das gesprochene Wort.  
Sperrfrist: Beginn der Rede!*

Sehr geehrter Herr Dr. Tebroke, Mitarbeiter der Verwaltung und Vertreter der Presse, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

wir leben in einer Zeit ökologischer, politischer und gesellschaftlicher Veränderungen.

Nahezu niemand bezweifelt noch, dass die Klimaerwärmung stattfindet. Die weltweiten Gegenmaßnahmen reichen nicht aus, auch nicht in Deutschland. Nur ausgesprochene Optimisten glauben noch daran, dass hier die Vernunft über die Gier siegt.

Die weltpolitische Lage ist in Bewegung.

Das bedeutet neue Chancen wie den Arabischen Frühling, aber auch neue Risiken wie Krieg in der Ukraine und in Syrien. Vor allem aber bedeutet es: Unsicherheit.

In Deutschland ist seit 1972 die Sterberate höher als die Geburtenrate. Dadurch verliert die Bundesrepublik Deutschland insgesamt an Bevölkerung.

Durch die höhere Lebenserwartung der Bevölkerung und gleichzeitig rückläufiger Geburtenrate steigt der Anteil älterer Menschen gegenüber dem Anteil Jüngerer. Die Netto-Rate von Zuzügen durch Migration ist in den letzten zwei Jahrzehnten ständig gefallen.

Dieser demographische Wandel wirkt sich nachteilig auf das Wirtschaftswachstum, die Renten, Krankenkassen und Altenpflege aus. Wir brauchen weniger Schulen und mehr Altenheime. Es gibt eine neue Landflucht. Die Immobilienpreise im ländlichen Raum fallen. Für viele bedeuten diese Veränderungen Unsicherheit, ob ihre Rente sicher ist, ihr Häuschen im Grünen seinen Wert behält, Unsicherheit wie weit die Kinder zur Schule fahren müssen und ob ihr Dorf weiterbesteht.

Wir stemmen uns gegen die Unsicherheit. Wir GRÜNE wollen den Menschen helfen  
.... ehrlicherweise: alle demokratischen Kräfte in unserem Land wollen das, wenn auch  
nicht immer mit den gleichen Schwerpunkten.

Helfen kostet. Es kostet Zeit, Engagement, Planung und...Geld. Geld ist bei den  
Kreisen und Kommunen knapp – zu knapp.

Meine Oma benutzte gerne eine Redewendung: Leute kauft Kämmе, es kommen  
lausige Zeiten. Vermutlich heißen die Finanzabteilungen der Kommunen wegen  
dieser Redewendung Kämmerei.

2009 wurde die sogenannte Schuldenbremse in Art. 109 Abs. 3 Grundgesetz  
festgeschrieben. Eine Änderung des Grundgesetzes braucht eine zwei Drittel  
Mehrheit im Bundestag und Bundesrat. Diese Entscheidung soll dafür sorgen, dass  
die öffentlichen Haushalte ohne wesentliches strukturelles Defizit finanziert sind. Für  
die Länder wird die Nettokreditaufnahme ganz verboten. Das ist auch gut so.

Aber das Ziel solider Finanzen und einer nicht weiter steigenden Belastung unserer  
Kinder und Enkel wird nicht erreicht werden, wenn die Maßnahme zu Lasten der  
Kreise und Kommunen durchgesetzt wird und damit letztlich die Menschen an  
anderer Stelle belastet.

Die höchsten Aufwendungen in den Kommunalen Haushalten entstehen durch die  
Soziale Absicherung von Bürgern. Die zahlen die Kommunen zum Teil direkt, und  
zum Teil über die Umlage an Kreise und Landschaftsverbände. Der am stärksten  
steigende Posten ist die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen.  
Schätzungen gehen von einer Steigerung zwischen 2010 und 2020 von 44% aus.

Die Bundesregierung will Menschen mit Behinderungen und den Kommunen helfen, sagt sie. Das ist eine gute Idee. Es geht um viel Geld. Ich zitiere den Deutschen Landkreistag:

„Die kommunale Entlastung im Zuge eines neuen Bundesleistungsgesetzes für Menschen mit Behinderung gehört zu den im Koalitionsvertrag für die 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages vorgesehenen „prioritären Maßnahmen“. Damit will der Bund die Kommunen im Umfang von 5 Mrd. € jährlich von der Eingliederungshilfe entlasten. Ein konkreter Zeitpunkt wird nicht genannt. Bis zur Verabschiedung des Gesetzes sieht der Koalitionsvertrag eine jährliche Entlastung der Kommunen in Höhe von 1 Mrd. € vor. Ein bestimmter Weg, auf dem die Entlastung jeweils kommen soll, wird nicht vorgegeben.“

Alle diese Einflüsse wirken auf den Rheinisch Bergischen Kreis und seine Kommunen. Das bedeutet vielleicht neue Chancen, aber auch neue Risiken. Vor allem aber bedeutet es: Unsicherheit.

Die Dinge sind nicht mehr wie sie waren, und sie werden auch nicht dahin zurückkehren – hoffentlich nicht. Das wäre nämlich sehr weit zurück.

Die alten Lösungen tragen nicht mehr.

Wir leben in einer Zeit von Veränderungen.

Ein Chinesisches Sprichwort lautet "Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern und die anderen Windmühlen."

Wir haben Änderungen in der politischen Landschaft des RBK. Zum ersten Mal gehen CDU und Grüne eine Koalition ein. Beide Parteien haben ihre Identität und ihr Profil.

Wir haben viele gemeinsame Positionen, aber auch so einiges Konfliktpotential. Die CDU hat viel Erfahrung, wir Grüne viele Ideen. (Wir konnten ja in der Vergangenheit auch weniger davon umsetzen.) Wir haben gemeinsam ein Konzept entwickelt, wie wir die Herausforderungen annehmen können.

Das Ziel unserer gemeinsamen Politik ist das Wohlergehen der Menschen im RBK, derer, die hier wohnen, arbeiten, alt werden und die, die noch geboren werden. Wir stellen uns den alten Fragen, aber die Antworten haben sich geändert. Es wird nicht helfen, die vergangenen Lösungen ausschließlich weiterzuentwickeln, wir müssen auch neue Wege gehen.

Wir folgen dem Motto des Karthagers Hannibal: Entweder wir finden einen Weg, oder wir machen einen.

Wir schätzen die Arbeit der Verwaltung und ihre Kompetenz. Wir sehen die Politik in der Verantwortung, die Ziele zu definieren.

Die Finanzen des RBK sind ein solides Fundament, auf das man bauen kann, und wie jeder seriöse Bauherr werden wir das Fundament nicht ernsthaft beschädigen, während wir bauen. Wir haben im Haushalt 2014 voraussichtlich ein viel besseres Ergebnis als geplant, das wir neben der guten Arbeit der Verwaltung aber auch etlichen Sondereffekten verdanken, die so nicht noch einmal kommen werden. Und wir machen immer noch ein paar Millionen Verlust. Das ist so gewollt, um die Haushalte der Kommunen zu entlasten. Weil wir hoffen, dass die am Anfang meiner Rede beschriebenen 5 Milliarden auch im Kreis ankommen und nicht bereits dann von den Kostenentwicklungen aufgeessen sind. Weil die Kommunen Planungssicherheit brauchen. Aber wenn nicht das bestmögliche, sondern das wahrscheinliche Szenario eintritt, sind die Rücklagen des Kreises 2017 aufgebraucht.

Dann dürfen wir keine Verluste mehr machen. Wie sich die Umlage des LVR entwickelt, der ausgerechnet die Kosten der Eingliederungshilfe trägt (Sie erinnern sich: das ist der Kostenblock mit dem 44% Wachstum), ist dabei noch nicht berücksichtigt. Das alles zusammen kann bedeuten, dass den ohnehin über Gebühr belasteten Kommunen auch noch eine Umlagenerhöhung droht.

Wir haben wie in der letzten Wahlperiode einen Zukunftsausschuss, denn wir sind fest entschlossen, dem RBK eine Zukunft zu geben – und überzeugt, dass das klappt. Der Rheinisch Bergische Kreis hat gute Erfahrungen damit gemacht, vorzudenken und zu handeln. Wir konnten so Gelder aus Bund, Land und EU für unsere Projekte gewinnen – ob : metabolon, ein Kompetenzzentrum für regenerative Energie auf der alten Leppe-Deponie, :aqualon als Wasser- und Raumplanungskonzept an der Dhünn oder aktuell zusammen mit Oberberg die Teilnahme an LEADER, einem Förderprojekt für den ländlichen Raum. ‚Veränderungen begünstigen nämlich nur den, der darauf vorbereitet ist.‘ (das ist nicht von mir, sondern von Louis Pasteur)

Mobilität ist das wichtigste Projekt dieser Zukunftsarbeit.

Teile der Infrastruktur im Rheinisch-Bergischen Kreis sind marode oder nicht für die Zukunft gerüstet: Brücken für Bahn und Straße, Informationsfluss, Wohnbebauung. Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Kommunen diese Aufgaben angehen. Für unseren Kreis, einen typischen Übergangsraum zwischen Stadt und Land, werden wir nicht nur bestehende Lösungen implementieren können. Es gibt wenige, meist sehr neue wissenschaftliche Untersuchungen zu einem Raum wie unserem und kaum tragfähige Lösungen. Wir brauchen nicht nur Umsetzungen, wir brauchen auch neue Konzepte.

Um neue Wege gehen zu können werden wir in Mobilität investieren. In Konzepte und in Lösungen, immer zusammen mit den Kommunen.

Wir brauchen nicht nur die Mobilität von Personen, sei es per Fahrrad, Auto, Bus oder Bahn, wenn alte oder behinderte Menschen nicht zu Aldi, Arzt, Apotheke kommen, müssen die Güter und Dienstleistungen halt zu ihnen kommen.

Ich stehe wahrscheinlich für die letzte Generation, der die Zeitung wichtiger ist als die News-App. Ohne ein schnelles Breitbandnetz hat der ländliche Raum keine Zukunft. Für die Generation meiner Kinder ist das digitale Netz Grundversorgung wie Strom und Wasser.

Eine integrierte Betrachtung aller Elemente von Mobilität wird erstmal komplizierter als das bisherige Vorgehen, weil viel mehr Elemente ineinandergreifen, aber es bietet auch mehr Potentiale. Wir wollen uns da an Albert Einstein halten: "Alles sollte so einfach wie möglich gemacht werden, aber nicht einfacher."

Wir wollen einen Kreis mit Lebensqualität für Mensch (und Tier), Gesundheit, Bildung, Arbeit, soziale Unterstützung. Wir wollen Entwicklungschancen für die Wirtschaft und eine intakte Umwelt – und wir sehen darin keinen Widerspruch.

Wir wollen die großen Aufgaben in Bewegung setzen, aber auch bei manchen kleinen Beträgen lohnt es sich, Signale zu setzen. Der Umweltausschuss des RBK hat am 14.09.2011 einstimmig beschlossen, die Kreisstraßen mit sogenannten Blühstreifen zu versehen: es sieht schöner aus und gibt der Natur eine Chance. Wir sind überzeugt davon, dass es der Verwaltung gelingen wird, auch diesen Beschluss in 2015 umzusetzen.

Wir werden den Tierheimen im Kreis eine kleine Unterstützung geben. Weil sie die Verwaltung von Kreis und Kommune unterstützen, wenn sie Fundtiere oder Tiere aus Beschlagnahmen aufnehmen aber auch als Signal, dass uns das Wohlergehen der Tiere am Herzen liegt.

Sowohl CDU und Grüne als auch die SPD haben einen Antrag zur Schulsozialarbeit eingebracht.

Ein Themengebiet, bei dem es nicht wirklich um Sozialarbeit und um Schulen geht, aber wo man den Menschen helfen kann. Menschen helfen finde ich gut. Es geht nicht um die Sozialarbeiter an den Schulen, die werden sowieso von den Kommunen bezahlt. Es geht im Wesentlichen um Mitarbeiter von Vereinen und Sozialen Trägern. Der Bund zahlt seit dem 1.1.2014 nicht mehr. Das Land springt hier teilweise für den Bund ein, weil das Bildungs- und Teilhabepaket zwar ein gut gemeintes, aber schlecht gemachtes Gesetz ist – nette Geste. Wir sollen als Kreis den Rest übernehmen, schlägt die SPD vor. Einige Kommunen haben mitgeteilt, dass sie das nicht selbst bezahlen würden, aber vom Kreis nähmen. Einige wollen es nicht. Nach Ansicht der Kreisverwaltung, die ja auch die Kommunalaufsicht ist, können selbst Stärkungspakt-Kommunen, die bereits einen Haushalt verabschiedet haben, das auch selbst finanzieren.

Letztendlich sind wir ein Umlageverband. Das ist doch gar nicht das Geld des Kreises, das ist das Geld der Kommunen. Das Einzige, was eine Zahlung durch den Kreis bewirkt, ist, dass nicht die Kommunen zahlen, die den Nutzen haben. Nett wenn man Lollies verteilt, praktisch, dass man sie direkt vom Taschengeld wieder abzieht. Wenn man sie vom Taschengeld der Geschwister abzieht, ist das gemein.



Ich hätte noch ein paar Themen, aber lassen Sie mich zum Ende kommen.

Ich habe gerade eine Studie von vier Professoren gelesen, die nachweist, dass fraktionsübergreifende Zusammenarbeit einen wichtigen Faktor zur Senkung des Haushaltsdefizits darstellt. Das hat bisher im Rheinisch-Bergischen Kreis ganz gut funktioniert. Aber wir haben immer noch ein Defizit ;).

Alle hier haben geschworen, zum Wohle des Kreises und seiner Bürger zu handeln. Jeder mag die dafür erforderlichen Schritte in einzelnen Punkten unterschiedlich sehen. Aber wir sollten im Interesse der Menschen am gleichen Strick ziehen und, soweit es uns möglich ist, auch am gleichen Ende.

Ich danke den Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Arbeit im abgelaufenen Jahr, Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen und Ihren Familien eine schöne und besinnliche Weihnachtszeit.